

Sozialverband VdK – Garant für Gerechtigkeit und Solidarität

Vortrag beim Festakt 60 Jahre Kreisverband Heidelberg am 22.09.2007
in Wiesloch

Seit 60 Jahren setzt sich der VdK – Kreisverband Heidelberg für Menschen ein, die durch Kriegsfolgen, Behinderungen oder materieller Not auf mitmenschliche Hilfe angewiesen sind. Dies hochmotiviert, mit langem Atem und deshalb mit nachhaltigem Erfolg.

Ich beglückwünsche Sie zu dem, was Sie leisten und geleistet haben und danke allen ehrenamtlich aktiven Mitgliedern für ihren großartigen Einsatz.

Der Kreisverband Heidelberg ist trotz seiner langen Tradition

nicht alt, sondern **robust und dynamisch**,

nicht schrumpfend, sondern, wie ein Blick auf die Mitgliederentwicklung zeigt, **wachsend**

nicht abwartend oder resignierend, sondern **engagiert und kämpferisch**

Kurz gesagt:

Der VdK – Heidelberg ist eine **glänzende Perle in der Kette der Kreisverbände** in Baden-Württemberg und einer der erfolgreichsten in Deutschland.

Glückwünsche dafür auch an den Vorsitzenden Hans-Josef Hotz, dem der VdK und ich persönlich auch für seine Arbeit als Landesverbandsgeschäftsführer viel zu verdanken haben.

Was ist das Geheimnis des Erfolges dieses VdK mit seinen 1,4 Millionen Mitgliedern in Deutschland und 190 000 in Baden-Württemberg?

Nebenbei bemerkt: Der VdK hat in Baden-Württemberg mehr Mitglieder als alle politischen Parteien zusammen.

Das Fundament des Erfolges haben die Männer und Frauen gelegt, die nach dem Ende des 2. Weltkrieges nicht in Verzweiflung verharrt sondern angepackt haben, um denen zu helfen, denen es noch schlechter ging.

Es war ein Aufbäumen gegen die körperlichen, materiellen und immateriellen Kriegsfolgen, der unbeugsame Wille zum Weiterleben, die Solidarität mit Menschen in Not.

Den Gründervätern des VdK ist gelungen, den Willen zur Selbsthilfe zu aktivieren und einen Verband auf die Beine zu stellen, der sich seitdem **als Garant für Hilfe, soziale Gerechtigkeit und Solidarität bewährt hat.**

Der Sozialverband VdK ist finanziell und parteipolitisch unabhängig,
konfessionell neutral, und mit seinen 54 Kreisverbänden über 1400 Ortsverbänden flächendeckend präsent.

Wir helfen unseren Mitgliedern zu ihrem Recht in allen sozialrechtlichen Streitigkeiten. Dazu unterhalten wir mit erfahrenen Fachleuten besetzte Geschäftsstellen.

Das Rückrat unseres Verbandes sind jedoch nach wie vor unsere über 8000 ehrenamtlich aktiven Mitglieder.

Sie sorgen für unser lebendiges Vereinsleben,
sie betreuen die Mitglieder vor Ort,
sie sind verantwortlich dafür, dass der VdK eine lebendige Gemeinschaft mit aktivem Vereinsleben ist.

Sie, verehrte Mitglieder, die Sie sich im Kreisverband Heidelberg engagieren, können sich den Erfolg Ihres VdK auf die Fahnen schreiben.

Ihnen danke ich ausdrücklich für Ihre wertvolle und wichtige Arbeit!

Das Ehrenamt ist und bleibt ein unverzichtbares Kräftepotential des VdK. Ehrenamtliche Arbeit ist Dienst an der Gemeinschaft.

Seit Jahren hat deshalb der VdK Deutschland gefordert, dass für Sie und alle ehrenamtlich Tätigen seitens der Politik mehr getan wird, um das Ehrenamt aufzuwerten.

Diese Bemühungen hatten jetzt Erfolg!

Am 6. Juli hat der Deutsche Bundestag das Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerlichen Engagements verabschiedet.

Mit diesem Gesetz werden die Rahmenbedingungen, insbesondere im steuerlichen Bereich, für das bürgerschaftliche Engagement deutlich verbessert und damit ein wichtiges Grundanliegen des VdK verwirklicht.

Unsere Fachleute informieren Sie gerne über die Einzelheiten.

Wie bei der Aufwertung des Ehrenamtes wurde nach dem Krieg kein Gesetz mit sozialpolitischem Bezug verabschiedet, an dem der VdK nicht durch Initiativen oder Verbesserungsvorschläge mitgewirkt hätte.

Vielen unsinnigen Spargesetzen konnten zumindest einige Giftzähne gezogen werden.

Erlauben sie mir, dass ich kurz auf einige Meilensteine erfolgreichen Handelns des VdK auf dem Feld der Sozialpolitik zurückblicke:

Der Kampf für die **Besserstellung der Kriegsoffer** stand vor und nach der Verabschiedung des Bundesversorgungsgesetzes in den 50iger Jahren im Mittelpunkt unseres Handelns.

Die VdK Forderung nach einer dynamischen Rente wurde 1957 verwirklicht.

Die Initiative zur **Einführung einer Pflegeversicherung** mit einem eigenen Gesetzesvorschlag hatte 1995 Erfolg.

Auf Drängen des VdK wird Artikel 3 des Grundgesetzes um ein **Benachteiligungsverbot für behinderte Menschen** erweitert.

2002 tritt das vom VdK geforderte **Behindertengleichstellungsgesetz** in Kraft.

Seit Beginn der 90iger Jahre steht die Verschlechterung sozialversicherungsrechtlicher Leistungen im Mittelpunkt. Eine Auseinandersetzung, die bis zum heutigen Tag anhält.

Bei diesem Rückblick erlauben Sie mir, einen Mann besonders zu erwähnen.

Walter Hirrlinger war und ist die bestimmende und prägende Persönlichkeit des Sozialverbandes VdK.

Der Mann, der durch seine permanente und überzeugende Präsenz in allen Medien und durch politische Gespräche auf höchster Ebene dafür kämpft, dass unser Sozialstaat nicht zur Grundsicherung verkommt.

Auf seine Initiative hin hat sich der VdK vom Kriegsopferverband zu einem Sozialverband entwickelt, der das weite, differenzierte Gebiet des Sozialrechts zu einem seiner Schwerpunkte gemacht hat.

Für den VdK in Baden-Württemberg kann ich heute mit einem gewissen Stolz feststellen:

Der Wandel zum modernen Dienstleistungsunternehmen ist vollzogen.

Seit Mitte der 90er Jahre haben wir einen hohen Zugang an Mitgliedern zu verzeichnen.

Allein im Jahre 2006 haben mehr als 17 000 Bürger neu den Weg zum VdK Baden-Württemberg gefunden.

Dieser erfreuliche Mitgliederzuwachs ist kein Selbstzweck sondern Voraussetzung dafür, dass wir unsere Rolle als Fürsprecher der sozial Benachteiligten kraftvoll und effektiv ausfüllen können.

Gerade in sozialpolitisch unruhigen Zeiten hilft der Verband Sozialleistungen zu sichern.

Am VdK als „Stimme der sozial Betroffenen“ kommen weder Politik noch Öffentlichkeit vorbei.

Der VdK ist bundesweit die größte Interessenvertretung für Rentner, chronisch Kranke, Menschen mit Behinderungen, Ältere, Pflegebedürftige sowie Patientinnen und Patienten.

Nur ein starker VdK kann ein spürbares Gegengewicht zu Politik und Wirtschaft bilden.

Die Stimme des Sozialverbandes VdK und sein Kampf für gerechte Sozialgesetze ist heute genau so wichtig wie in den letzten Jahrzehnten.

Das zeigen gerade die jüngsten Entwicklungen im Bereich der Sozialversicherungen:

Die **Gesundheitsreform**, die vor und nach der letzten Bundestagswahl im Mittelpunkt der sozialpolitischen Diskussion stand, lässt auch nach der Verabschiedung des "GKV Wettbewerbsverstärkungsgesetzes" viele Wünsche offen und schafft mindestens so viele Probleme wie es positive Neuerungen einführt.

Hauptpunkt der Kritik am neuen Gesetz ist der **Gesundheitsfonds:**

Von 2009 an fließen die Beiträge von Arbeitsgebern und Arbeitnehmern in einen Fonds.

Kommt eine Kasse mit dem Geld aus dem Fonds nicht aus, muss sie versuchen, Kosten auch durch Leistungskürzungen zu reduzieren. Reicht das nicht aus, ist sie gezwungen, einen **Zusatzbeitrag** von ihren Mitgliedern verlangen.

Der Zusatzbeitrag kann dazu führen, dass Kassen, die ihn erheben müssen, nicht mehr wettbewerbsfähig sind, zumal Kassen mit überwiegend guten Risiken in die Lage versetzt werden, ihren Versicherten Bonuszahlungen zu leisten.

Es gibt bereits Berechnungen, wonach der Zusatzbeitrag je nach Bundesland und Kasse zwischen 14 € und 44 € / Monat betragen kann.

Die Wirkungsmechanismen des Gesundheitsfonds führen daher zwangsläufig dazu, Leistungen zu minimieren oder ganz zu verweigern. Das wird vor allem alte, behinderte und chronisch kranke Menschen treffen.

Ein völlig unverständliches Handeln des Gesetzgebers, das den Grundsätzen sozialstaatlichen Handelns zuwider läuft.

Der Sozialverband VdK hält den Gesundheitsfonds für unsozial, unsolidarisch und superbürokratisch. **Daher hat er alle Bürgerinnen und Bürger dazu aufgerufen, mit ihrer Protestunterschrift den unsäglichen Gesundheitsfonds zu verhindern. Mit Ihrer Unterschrift fordern Sie zugleich den ermäßigten Steuersatz von 7% für Medikamente und Hilfsmittel.**

Inzwischen wurden der Bundesregierung über **2 Millionen Unterschriften** übergeben.

Fazit: Das Hauptziel der Reform, Sicherung einer nachhaltigen Finanzierung wurde nicht erreicht. Dazu ein Fonds, dessen Auswirkungen gerade für die alten, und chronisch Kranken katastrophal sein werden. Das lässt nur auf die nächste Reform hoffen. Die kommt bestimmt!

In der aktuellen sozialpolitischen Debatte geht es um die **Finanzierung und die Qualität der Pflege.**

Am 1. Januar 1995 ist das Pflegeversicherungsgesetz als fünfte Säule der Sozialversicherung in Kraft getreten.

Durch dieses Gesetz wurde das Risiko der Pflegebedürftigkeit wenigstens teilweise abgesichert, die Sozialhilfeabhängigkeit reduziert und der Aufbau einer professionellen Pflegestruktur gefördert.

Ende 2005 waren in Deutschland 2,13 Millionen Menschen pflegebedürftig. Die Zahl wird in den nächsten Jahren ansteigen. Bis 2050 auf über 4 Millionen.

Mehr als zwei Drittel der Pflegebedürftigen werden zu Hause versorgt von Verwandten und ambulanten Pflegediensten. Fast 700 000 lassen sich im Heim helfen. Das ist teuer. Im Schnitt kostet ein vollstationärer Pflegeplatz 3000 € im Monat.

Die Ausgaben der Pflegeversicherung lagen 2006 bei 18 Milliarden €. Das sie nicht höher sind liegt auch daran, dass die Leistungen seit 1995 niemals angepasst wurden. Wegen Tarifierhöhungen und Qualitätsverbesserungen stiegen die Pflegesätze mit der Folge, dass der Wert der Versicherungsleistungen um weit mehr als 10% gesunken sind.

Angesichts der kontinuierlichen Entwertung der Pflegeleistungen durch die Preisentwicklung, sind die Leistungen der Pflegekassen zu dynamisieren.

Dringend neu geregelt werden muss, wer pflegebedürftig im Sinne der Gesetzes ist.

Der Begriff der Pflegebedürftigkeit ist zu erweitern um den Betreuungsbedarf für dementiell erkrankte Menschen.

Die jetzige Fassung in § 14 SGB XI war das Ergebnis eines politischen Aushandlungsprozesses. Er bildet den Pflegebedarf nur unzureichend ab.

Der Pflegebedürftigkeitsbegriff ist rein defizitorientiert. Berücksichtigt wird nur der Hilfebedarf bei den regelmäßig wiederkehrenden Verrichtungen im Ablauf des täglichen Lebens in den Bereichen Grundpflege (Körperpflege, Ernährung, Mobilität).

Kranken- und Pflegeversicherung sind zusammenzulegen, um die bestehende Schnittstellenproblematik zu beseitigen

Der jüngste Jahresbericht des medizinischen Dienstes der Krankenkassen hat **eklatante Mängel bei der Pflegequalität** markiert.

Um die Qualitätssicherung zu stärken, muss die Heimaufsicht verstärkt und müssen die vorgeschriebenen Kontrollen auch tatsächlich durchgeführt werden Dies auch unangemeldet, um ein realistisches Bild der Pflegesituation zu erhalten.

Der neuerdings geforderte „Pflege-TÜV“ ist ein guter Gedanke. Ferner müssen die Prüfberichte der Heimaufsichten und des MDK veröffentlicht werden, damit mehr Transparenz und Kostenvergleich möglich wird.

Die Positionen des VdK zur Pflegeversicherung im einzelnen können Sie in einem ausführlichen Papier des VdK Deutschland nachlesen.

Die Spitzen von CDU und SPD haben sich auf ein „Reförmchen“ geeinigt.

Ein richtiger Anfang aber nicht ausreichend.

So soll der Pflegbeitrag um 0,25 erhöht und im Gegenzug die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um 0,3 % gesenkt werden, um zusätzliche Leistungen zu finanzieren.

Demenz- und Alzheimer- Kranke werden mehr als bisher oder erstmals Leistungen bekommen. Für ambulante Hilfen soll mehr Geld bezahlt werden, ebenso für Schwerstfälle in Heimen.

Ein Tropfen auf den heißen Stein, der zudem die Rentner, die den vollen Pflegeversicherungsbeitrag leiten müssen und von der Entlastung beim Arbeitslosenbeitrag nichts haben wieder einmal stärker belastet.

Wir fordern, dass bei der endgültigen Verabschiedung des Reformgesetzes unsere Kernforderungen berücksichtigt werden.

Die Alterssicherung bleibt nach wie vor ein hochaktuelles sozialpolitisches Thema.

So gab es einige Aufregung als im August d.J. die Höhe der **Bezüge für Neu-Rentner** veröffentlicht wurden. Für sie gab es wesentlich weniger Geld.

So erhielt ein männlicher Neu-Rentner 2006 im Durchschnitt eine Nettorente von 790 €. Im Jahr 2000 waren es noch 883 €, das heißt: 2006 gab es 93 € oder 10,5% weniger!

Warum sind bei den Neu-Rentnern die Renten so stark gesunken?

Hier wirken sich zum einen die Rentenreformen Riesterfaktor 2001 und Nachhaltigkeitsfaktor 2005 zum anderen aber insbesondere auch die Abschläge (03% pro Monat) bei vorzeitigem Renteneintritt und die gnadenlose Frühverrentung aus.

Deshalb fordert der VdK: Es muss Schluss sein mit der Frühverrentungspflicht für Arbeitslosengeld II Empfänger nach Auslaufen der 58er Regelung.

Blicken wir auf die insgesamt **durchschnittlich gezahlten Renten** Männer bekommen im Schnitt 969 € Altersrente Frauen 465 €. Die Hälfte der Rentner bekommt weniger als 900 € im Monat.

Das Rentenniveau sackt immer weiter ab.

Lag es 2006 noch bei 52,6% eines monatlichen Durchschnittslohnes so sinkt es nach Prognosen der Rentenversicherung auf 50% (2010) und 43,8% (2030) Früher galt die Faustregel, dass die Rente 70% des letzten Gehaltes entspricht.

2004, 2005 und 2006 gab es keine Rentenanpassungen.

Ab 1. Juli 2007 steigen die Renten um 0,54%.

Ein Nasenwässerle!

Bei einer Rente von 800 € sind es gerade einmal 4,32 € mehr. Vielen älteren Menschen bleibt netto so gut wie nichts übrig, manche haben sogar weniger. Vom 1. April an müssen sie höhere Krankenkassenbeiträge zahlen, Lebensmittel und vieles andere wird laufend teurer.

Die Kaufkraft der Rentner sinkt ständig. Der Rentner von heute, der nur von seiner Rente lebt, kann sich nicht mehr das leisten, was sich der Rentner des Jahres 1997 leisten konnte. Und der zukünftige Rentner wird sich nicht mehr das leisten können, was sich der heutige Rentner leisten kann.

Die Gefahr von Altersarmut wächst. Wer unter 856 € Einkommen im Monat hat, gilt als armutsgefährdet und hat Anspruch auf ergänzende Grundsicherung. Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes sind **15% der Rentner armutsgefährdet.**

Wenn nach Auslaufen der 58er Regelung ALG II Empfänger gezwungen werden vorzeitig Rente zu beantragen

(Nachranggrundsatz), dann wird die Armut Gefahr noch erheblich größer.

Die Rentner werden seit längerem von der Konjunkturontwicklung und vom gesellschaftlichen Wohlstand abgehängt. Keine andere Bevölkerungsgruppe in Deutschland wurde in den letzten Jahren stärker zur Kasse gebeten als die Rentner. Ihre Einkommenseinbußen sprengen allmählich das Maß des Zumutbaren!

Es ist nur eine Frage der Zeit, bis die Rentnerinnen und Rentner auf die Barrikaden gehen.

Die Rente droht zur Grundsicherung zu verkommen. Deshalb ist eine 2. Säule der Alterssicherung in Form einer obligatorischen Betriebsrente unverzichtbar.

Der Sozialverband VdK wendet sich massiv gegen den sog. Nachholfaktor, durch den die ausgefallene Rentenkürzungen zwischen nachgeholt werden sollen. Damit würden 0-Runden bis zum Sankt Nimmerleinstag zementiert.

Für die jüngere Generation kann die Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre zu einer weiteren erheblichen Absenkung der Renten führen.

Von den Arbeitsmarktperspektiven her entpuppt sich die Rente mit 67 als reines schlechtgetarntes Rentenkürzungsprogramm.

Überdurchschnittlich werden Frauen davon betroffen, da kaum eine Frau 45 Beitrags- oder Berücksichtigungsjahre erreicht.

Länger arbeiten geht nur, wenn altersgerechte Arbeitsbedingungen und eine stabile Gesundheit vorliegt.

Ohne dass sich diese **altersspezifischen Arbeitsmarktindikatoren** verbessern - und das muss 2010 überprüft werden - darf das Gesetz nicht realisiert werden.

Eine der wichtigsten Anliegen des VdK war und ist es, dass **Menschen mit Behinderungen** privat und beruflich die bestmögliche Beratung und Hilfestellung erhalten.

Deshalb fordern wir:

Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen in allen Lebensbereichen,

Prävention und Rehabilitation sowie

Eine umfassende Barrierefreiheit

Dafür kämpfen wir auf Europäischer, Bundes und Landesebene

Trotz vieler unbestreitbarer Fortschritte in den letzten Jahren ist eine tatsächliche Chancengleichheit noch nicht erreicht!

Anrede

Seit 60 Jahren steht der VdK für Selbsthilfe und Kampf für soziale Gerechtigkeit.

Wie eine jüngste Meinungsumfrage des Instituts Emnid ergeben hat, will die Mehrheit der Deutschen mehr soziale Gerechtigkeit und fordert von der Bundesregierung eine sozialere Politik.

Der Göttinger Parteienforscher Peter Lösche stellt fest:

Die Empörung über soziale Ungerechtigkeit eint die Anhänger aller Parteien. Die Sehnsucht nach dem guten alten Sozialstaat ist groß. Privatisierungen stoßen auf erhebliche Skepsis. Man will mehr staatliche Verantwortung.

Dieses Meinungsbild bestätigt einmal mehr die Politik des VdK, seinen Kampf für Menschen in Not und für mehr soziale Gerechtigkeit.

Menschen in Not dürfen in unserer so wohlhabenden Gesellschaft nicht übersehen werden!

Das ist heute nötiger denn je: Denn es gibt bei uns nicht nur Wohlstand sondern immer mehr Armut und Hilfsbedürftigkeit. In unserer globalisierten Welt gewinnen wenige, viele bleiben auf der Strecke.

Eine dünne Oberschicht saht ab und häuft über überhöhte Gehälter und Gewinne Reichtümer auf. Schauen Sie in die Hochglanzzeitschriften, wo über Megaparties und Luxus auf allen Ebenen berichtet wird.

Bei soviel Sonne werden leider diejenigen oft übersehen, die im Schatten stehen, die von niedrigem Lohn und Gehalt, Hartz IV und Sozialhilfe leben müssen und um ihren bescheidenen Lebensstandard bangen.

Einer wachsenden Zahl von reichen Bürgern steht eine immer größere Gruppe von Menschen gegenüber, die als arm gelten. So muss inzwischen fast jede siebte Familie mit einem Einkommen unterhalb der Armutsgrenze auskommen.

Unsere Mittelstandsgesellschaft entwickelt sich allmählich in Richtung einer Klassengesellschaft. Dies ist vielen noch nicht bewusst oder es wird verdrängt.

In dieser Situation darf sich der Staat nicht zurückziehen. Der Staat darf nicht die Pfeiler untergraben, auf denen die Lebensplanung der großen Breite der Bevölkerung beruht.

Viele Menschen sind verunsichert. Sie fürchten um ihren Arbeitsplatz. Besonders dann, wenn wieder einmal eine Fusion oder Übernahme ansteht.

Sie fragen sich, wovon sie im Alter leben sollen, wenn die Rente nicht mehr reicht und das Geld für den Aufbau einer privaten Alterssicherung nicht vorhanden war.

Sie fragen sich, wie sie im Krankheitsfalle behandelt werden, wenn Krankenkassen sparen und Medikamente und Therapien immer teurer werden

Sie fragen sich, wer sich um sie kümmert, wenn sie pflegebedürftig werden und Angehörige nicht vorhanden oder weit entfernt sind.

Mit diesen Fragen kommen sie in unsere Sprechstunden und verlangen Antworten nicht nur von uns – wir können nur raten - sondern vom Staat und von den Institutionen.

Deshalb darf sich der Staat nicht weiter zurückziehen und vieles dem freien Spiel der Kräfte überlassen.

Wenn die eigenen Kräfte nachlassen ist Solidarität gefordert von uns vom VdK und von der Gesellschaft.

Die Menschen brauchen wieder mehr Sicherheit und soziale Systeme, auf die sie sich verlassen können.

Dafür kämpft der Sozialverband VdK und jeder der ihn unterstützt oder für und mit ihm arbeitet hat Teil an unserem seit 60 Jahren bewährten Modell gelebter Solidarität.

Ich wünsche Ihnen, ich wünsche dem VdK Kreisverband Heidelberg weitere Jahrzehnte erfolgreichen Wirkens zum Wohle von uns allen!

